

**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Baudirektion – Abteilung BD4-Umwelttechnik**  
Postanschrift 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Herrn  
Landtagspräsidenten  
Mag. Edmund Freibauer

**Landtag von Niederösterreich**  
Landtagsdirektion

Eing.: 08.11.2006

zu Ltg.-**634/B-1-2006**

— Ausschuss



BD4-AT-504/001-2006

Beilagen

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug  
LAD1-VD-14310/107-2006

Bearbeiter  
Dipl. Ing. Rauter

(0 27 42) 9005

Durchwahl

14250

Datum

7. November 2006

Betrifft

Bericht des Rechnungshof-Ausschusses betreffend Umgang mit Atomkraft - AKW Temelin und 7. Euratom-Rahmenprogramm; Resolutionsanträge

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 18. Mai 2006, Ltg.-634/B-1-2006 haben wir zu den beiden Themen der Resolution je ein Schreiben an Herrn BM Dipl.Ing. Josef Pröll und Frau BM Elisabeth Gehrler gerichtet.

Mit dem Schreiben betreffend AKW Temelin wurde Herr Bundesminister Dipl.Ing. Josef Pröll ersucht, sich nach wie vor mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass der bilaterale Expertendialog über die im Abschlussbericht zum Melker Übereinkommen angeführten Themenvorschläge verstärkt fortgesetzt wird, um allfällige offene Fragen zu behandeln. In einem Antwortschreiben vom 3. August 2006 teilte Herr Bundesminister Dipl.Ing. Josef Pröll folgendes mit:

„Mit Dank und Anerkennung vermerke ich das anhaltende Interesse des Landes Niederösterreich am KKW Temelin in der Tschechischen Republik, insbesondere jedoch die Unterstützung für meine Linie der Fortsetzung eines dauerhaften Sicherheitsdialoges. In der Tat zeigte der Abschlussbericht der österreichischen Expertenteams, dass wesentliche Fortschritte in Sicherheitsfragen erzielt werden konnten. Andererseits wies der Bericht auch deutlich auf offen gebliebene Fragen hin. Daher ist ein dauerhafter



Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr; St.Pölten, Landhausplatz 1, Haus 13 - Mödling zu erreichen mit: Wiesel-, Regional-, und Citybus - Zufahrt: Parkgarage P 1  
**Zum Nahzonentarif erreichbar über Ihre Bezirkshauptmannschaft + Durchwahl - klappe bzw. mit 109 die Vermittlung** - Telefax (0 27 42) 9005 14985  
E-mail: [post.bd4@noel.gv.at](mailto:post.bd4@noel.gv.at) – Internet <http://www.noel.gv.at> - DVR: 0059986

Sicherheitsdialog zum KKW Temelin sinnvoll und notwendig. Gerade angesichts des begonnenen Kollaudierungsverfahrens ist die Fortsetzung dieses Diskurses mehr denn je ohne jede Alternative.

Ich füge hinzu, dass ich selbstverständlich die Notwendigkeit dieses Sicherheitsdialoges gegenüber unseren tschechischen Partnern immer wieder betone. Ich freue mich daher, dir mitteilen zu können, dass ein österreichisch-tschechischer Expertenworkshop, der in Temelin stattfinden und mit einer neuerlichen Begehung der Anlage verbunden sein wird, bereits für den Herbst 2006 vereinbart wurde und vorbereitet wird. Dazu wird - wie auch bisher im Rahmen des bilateralen Nuklearinformationsübereinkommens - ein Behördenvertreter des Landes Niederösterreich eingeladen.“

Betreffend 7. Euratom-Rahmenprogramm richteten wir ein Schreiben an Frau Bundesministerin Elisabeth Gehrler, in dem sie ersucht wurde, sich als damalige Ratsvorsitzende nach wie vor mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Mittel des Euratom-Forschungsbudgets nur für Forschung verwendet werden. Dabei wurde betont, dass die Forschungsaktivität ausschließlich auf die Verbesserung und Erhaltung der Sicherheit sowie die Verringerung des Risikos bestehender Anlagen ausgerichtet sein muss und nicht die Errichtung neuer Atomkraftwerke oder die Verlängerung der Lebensdauer alter Anlagen zum Ziel haben darf.

In einem Schreiben vom 16. August 2006 antwortete Frau Bundesministerin Elisabeth Gehrler, dass das 7. Forschungsrahmenprogramm EURATOM Bezug auf EU-Ebene intensiv verhandelt worden ist und versicherte, dass die österreichische Bundesregierung ihre bisherige Linie in den Verhandlungen dieses Forschungsprogramms beibehalten hat. Weiters teilte Frau Bundesministerin in ihrer Antwort mit, dass es darum geht, die Erforschung der Nuklearenergien auf solche Bereiche zu konzentrieren, die dem Schutz unserer Bevölkerung dienen, und dass wir es gleichzeitig unseren nachfolgenden Generationen schuldig sind, mögliche Alternativen zur Energiegewinnung auszuloten, weshalb die österreichische Bundesregierung die Fusionsforschung und den im 7. Rahmenprogramm vorgesehenen Bau von ITER befürwortet. Frau Bundesministerin Gehrler stellte weiters fest, dass sie die kritische österreichische Haltung zu jeder Zeit in Brüssel vertreten hat, zuletzt auch beim Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ am 24. Juli 2006. Der Beitrag, den die Gemeinsame Forschungsstelle leistet, muss ausschließlich den Sicherheitsfragen von Kernspaltungsreaktoren gewidmet sein. Hier konnte die

österreichische Position gegen den Widerstand der anderen Mitgliedstaaten durchgesetzt und damit ein Beitrag für die Sicherheit unserer Bevölkerung geleistet werden.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung  
Dipl.-Ing. P l a n k  
Landesrat

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung